

# Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:  
Helmut G. Schmidt  
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39  
Telex: 886846 ppbn d  
Telefax: 21 0664

## Inhalt

Horst Sielaff MdB erinnert an den fünften Todestag Martin Niemöllers: Er hat alte Feindbilder zerstört.

Seite 1

Dr. Hermann Scheer MdB skizziert die Situation vor den KRK-Verhandlungen: Wiener Abrüstungskonferenz muß von kritischer Öffentlichkeit begleitet werden.

Seite 3

Gerlinde Hämmerle MdB zieht eine Bilanz aus der Ausländer-Integrationspolitik der Unionsparteien: Gravierende Fehlleistungen.

Seite 4

### Dokumentation:

Die Konferenz der Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundes, der Landtage und Bürgerschaften hat am 2./3. März in Brüssel eine Entschließung zur künftigen EG-Verbraucherpolitik verabschiedet. Wir dokumentieren die Entschließung im Wortlaut.

Seite 6

44. Jahrgang / 45

6. März 1988

Er hat alte Feindbilder zertrümmert

Zum Gedenken an Martin Niemöller

Von Horst Sielaff MdB

„Wir sind in die Irre gegangen, als wir begannen, im politischen Leben und auf politischem Wege eine Sammlung der Guten gegen die Bösen, der Gerechten gegen die Ungerechten, der Kinder des Lichts gegen die Kinder der Finsternis durchführen zu sollen und zu können. Damit haben wir ... die menschliche Selbstgerechtigkeit in Nationalismus, Idealismus und Kapitalismus heilig gesprochen gegenüber dem Internationalismus, Materialismus und Sozialismus.“

92jährig ist der Verfasser dieser Sätze von 1947 vor genau fünf Jahren verstorben: Martin Niemöller.

Und vor zehn Jahren, 1979, erinnerte Niemöller daran, daß die große Chance des Neubeginns nach 1945 nicht genutzt worden war: „Wieder erwies sich, wie ich rückblickend mit aller Klarheit sehe, der gleiche Fehler als verhängnisvoll, der die große Mehrheit der Christenheit so blind gegenüber den Anfängen der Naziherrschaft gemacht hatte und der, wie die schreckliche ‚Radikalen-Hatz‘ zeigt, heute noch nicht ausgestanden ist: der Antikommunismus!“

Die Wahlergebnisse zum Berliner Abgeordnetenhaus, die Debatten in der ersten Sitzung und die Kommentare darüber zeigen, wie berechtigt diese Mahnung war.

Verlag, Redaktion und Druck:  
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH  
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217  
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.  
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50  
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Verwendete Umgebung  
im wertvollen Recycling-  
Kleinformat-Papier



Martin Niemöller war zeitlebens umstritten, vielleicht gerade, weil er zu deutlich Wahrheiten sagte und mit Vehemenz alte Feindbilder abbauen wollte. Wir sollten in der Bundesrepublik endlich Abschied nehmen von dem alten Feindbild, das uns in vier Jahrzehnten im Zerrspiegel des Antikommunismus vorgegaukelt worden war. Wir sollten demgegenüber hellwach sein, damit nicht wiederum mit nationalistischen Parolen der Frieden gefährdet wird, das war die Botschaft dieses Mannes.

„Perestroika“ und „Glasnost“ sind heute aktuelle politische Begriffe, übernommen von dem führenden Mann des Weltkommunismus. Auf diese Entwicklung hatte Dr. Martin Niemöller schon früh gesetzt.

Aber wie oft werden gerade diejenigen, die neue Wege des Miteinanders aufzeigen und alte Feindbilder zetrümmern, im eigenen Volk zunächst angefeindet, weil sie Liebgewordenes zerstören und ein neues Denken fordern. Niemöller hat es zeitlebens erfahren.

Heute pflegt insbesondere auch die Martin-Niemöller-Stiftung das Erbe dieses streitbaren, großen Kirchenmannes. Auf den Tagungen dieser Stiftung sah man Politiker wie Kurt Biedenkopf, Egon Bahr mit Manfred Coppel und Karl-Heinz Hansen miteinander um den besten Weg zum Frieden diskutieren. Vielleicht ist das die beste Würdigung dieses Mannes, der wohl Präsident des Weltkirchenrates wurde, aber - obwohl führender Kopf der Bekennenden Kirche - im eigenen Lande nicht würdig schien, Präses der Evangelischen Kirche in Deutschland zu werden.

„Martin Niemöller hat in der weithin unpolitischen Zeit der Adenauer-Ära die Gewissen einer Generation junger Bürger in diesem Lande geschärft. Er ist dabei zuweilen eigene Wege gegangen, auf denen wir ihm nicht folgen konnten. Dennoch war die Auseinandersetzung mit dem streitbaren Pastor eine der Voraussetzungen dafür, daß die evangelische Kirche nach dem Kriege eine auch politisch sich einmischende Kirche werden konnte. Sie ist dabei auch bei Sozialdemokraten ein Stück glaubwürdiger geworden. Martin Niemöller wird bei uns nie vergessen werden.“ So schrieb Hans Koschnick namens der SPD zum Tode Niemöllers. Das gilt weiter. (-/6.3.1989/st/ks)

\* \* \*

**Wiener Abrüstungskonferenz muß von kritischer Öffentlichkeit begleitet werden**

**Die Fehler der MBFR-Konferenz dürfen nicht wiederholt werden**

Von Dr. Hermann Scheer MdB  
Vorsitzender der Arbeitsgruppe Abrüstung und Rüstungskontrolle der SPD-Bundestagsfraktion

Die heute beginnende Wiener Konferenz zur Reduzierung konventioneller Rüstungen in Europa bedarf einer ständigen kritischen Begleitung der Öffentlichkeit. Die Öffentlichkeit muß dazu beitragen, daß rasche Verhandlungsfortschritte und Ergebnisse möglich werden.

Das unselige Beispiel der MBFR-Verhandlungen darf sich nicht wiederholen. Bei diesen gab es ein 15 Jahre andauerndes kleinkariertes Tauziehen und lähmende Positionsgefechte schon um vergleichsweise nichtige Probleme. Im Windschatten der Öffentlichkeit wurde jeder neue Ansatz bis zur Unkenntlichkeit diplomatisch zerrieben. Das Ergebnis dieser Vorgehensweise war ein Verhandlungsmarathon mit kläglichem Ausgang.

Eine kritische Öffentlichkeit muß dafür sorgen, daß alle Chancen für rasche Fortschritte auch tatsächlich ergriffen werden. Dazu gehört, daß auch der Westen nicht stur an seiner einmal vereinbarten Verhandlungsposition klebt.

Die bisherige Verhandlungsposition des Westens ist weniger ermutigend als es die öffentlichen Reden signalisieren: die Bereitschaft zur drastischen Reduzierung auch westlicher Waffen und Truppen ist noch nicht gegeben, und die westliche Zurückhaltung gegenüber einer Einbeziehung der Luftwaffe in den Abrüstungsprozeß muß überwunden werden.

(-/6.3.1989/st/ks)

\* \* \*

### Gravierende Fehlleistungen

Die Fehler der Aussiedler-Integrationspolitik der Union werden deutlich

Von Gerlinde Hämmerle MdB  
Vorsitzende der Arbeitsgruppe „Integration der Aussiedler  
und Übersiedler“ der SPD-Bundestagsfraktion

Bundeskanzler Kohl wird sicherlich nicht mehr wissen wollen, was er am 9. Juli letzten Jahres vor der Bundespressekonferenz gesagt hat: „Das ist die hochehrwürdige Tatsache, daß die Zahl der Aussiedler enorm zunimmt und daß wir die Landsleute, die zu uns kommen, gut behandeln.“ Seine Politik der Aussiedler-Integration ist nämlich in zentralen Bereichen gescheitert, Helmut Kohl, der im August letzten Jahres die Aussiedlerpolitik zur Chefsache erklärt hatte, bekommt nach Berlin eine neue Bescheldigung für sein Unvermögen:

#### 1. Streit ohne Ende mit den Bundesländern

Seit Oktober letzten Jahres bewegt sich nichts im Streit zwischen dem Bund und den Ländern hinsichtlich der Frage der Finanzierung der Einrichtungen für die Erstaufnahme und die Unterbringung der Aussiedler in Übergangwohnheimen. Der Bund beruft sich auf die Kriegsfolge-Regelung, die 1955 geschaffen wurde, die der neuen Sach- und Rechtslage, die durch den völlig unerwarteten Aussiedler-Zuzug Ende der achtziger Jahre entstanden ist, in keinsten Weise angemessen ist. Es gibt wohl kaum einen besseren Zeugen für diese „beschämende“ Politik wie den Parlamentarischen Staatssekretär im Innenministerium und Aussiedlerbeauftragten der Bundesregierung, Dr. Horst Waffenschmidt, der am 7. Januar 1989 gegenüber dem ZDF äußerte: „Wir werden nicht lange mehr streiten über finanzielle Fragen zwischen Bund und Ländern in dieser Aufgabenstellung... Also, es wäre für mich beschämend, wenn wir angesichts der Tausenden Menschen, die aus anderen Ländern jetzt zu uns kommen, hier einen Finanzstreit führen würden. Den werden wir beenden.“ Natürlich ist er noch nicht zu Ende, denn der Finanzminister Stoltenberg ist der Aussiedlerbeauftragte dieser Regierung.

#### 2. Das Bauprogramm mit dem Neideffekt

Als die Bundesregierung im August letzten Jahres ein auch noch falsch angelegtes Sonderbauprogramm für Aussiedler-Wohnungen auflegte, hat die SPD von vornherein darauf hingewiesen, daß der soziale Wohnungsbau wieder aufgenommen werden muß, damit alle Berechtigten eine Chance auf angemessenen Wohnraum haben. Daß diese Politik gescheitert ist, hat der Landesvorsitzende der CDU von Rheinland-Pfalz, Karl-Otto Wilhelm, bestens bestätigt (ZDF, 25.2.89): „Ich bin dafür, daß wir die Aussiedler integrieren; das bekommen wir auch hin... Aber Aussiedler müssen sich dann auch auf Warteschlangen setzen lassen. Und es kann nicht so sein, daß die, die hier seit Jahren (Wohnungen) suchen, zurücktreten müssen. Das Problem ist nur lösbar, wenn mehr Wohnungen vorhanden sind. Ich kann der Union nur empfehlen, da nicht nur zu analysieren, sondern auch konkrete Taten - und zwar baldmöglichst - folgen zu lassen.“ Wohl wahr - nur der Bauminister heißt auch Stoltenberg.

Diese Einzelheiten zeigen aber nicht den größten Fehler der unionsgeführten Bundesregierung: Die ständig größer werdende Neue Armut, Sozialabbau, Gesundheitsreform, Steuerreform und die anhaltende Massenarbeitslosigkeit sind die wahren Gründe für die zunehmende Ausländerabneigung, die mehr eine Aussiedler-Abneigung ist. Es wird in der betroffenen Öffentlichkeit, noch deutlich werden, daß die Aussiedler der falsche „Sack“ sind, der „gehauen“ wird. Verantwortlich ist die Regierungskoalition - sie ist der „Esel“, der nur bei Wahlen „verhauen“ werden kann.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat jüngst ein Beispiel dafür geliefert, wie Sozialdemokraten Aussiedler-Integration bewerkstelligen. Den Hauptbetroffenen, den Kommunen, werden unbürokratisch insgesamt 114,5 Millionen DM zur unbürokratischen Verfügung im investiven Bereich angewiesen, gemessen an der Zahl der aufgenommenen Aussiedler und Übersiedler. Innenminister Dr. Schnoor sieht darin zu Recht die Ermöglichung schnellen und flexiblen Handelns und einen wesentlichen Beitrag zur kommunalen Selbstverwaltung.

Für den Bereich der Bundespolitik seien noch einmal die Grundsätze sozialdemokratischer Aus-/Übersiedler-Politik dargestellt, mit denen die SPD ihre Kompetenz-Führung gegenüber der CDU/CSU erlangt hat (das Infas-Politogramm Januar 1989 zeigt: 1987 meinten noch 44 Prozent, daß die Asyl- und Aussiedlerproblematik am besten durch die CDU/CSU gelöst wird (22 Prozent SPD); 1989 führt in der Kompetenzfrage die SPD mit 32 Prozent vor der Union mit 25 Prozent).

Was will die SPD im Bereich der Integrationspolitik für Aus- und Übersiedler?

1. Oberstes Ziel ist es, darauf hinzuwirken, daß in den Gebieten, in denen deutsche Minderheiten leben, die Voraussetzungen geschaffen oder verbessert werden, die den dort lebenden Menschen den Verbleib in ihrer Heimat ermöglichen.
2. Mit den Regierungen der betroffenen Staaten, insbesondere Polen, sind Regelungen herbeizuführen, die den Zuzug von Aussiedlern entsprechend den bei uns vorhandenen Aufnahmekapazitäten steuern.
3. Alle Maßnahmen zur Integration der Aussiedler sind so zu gestalten, daß sie nicht zum Nachteil der übrigen deutschen Bevölkerung gehen. Sie dürfen nur den Umfang einer Starthilfe für den Aufbau einer neuen Existenz haben. Nicht gerechtfertigte Bevorzugungen, etwa im Fremdrengengesetz und bei der Vergabe von Wohnungen, sind abzubauen.
4. Die Integration der Aussiedler und Übersiedler ist eine Aufgabe, für die in erster Linie die Verantwortung des Bundes gegeben ist. Da es sich um eine späte Kriegsfolge handelt, muß der Bund den ganz überwiegenden Teil der finanziellen Lasten der Integration tragen. Der Bund muß
  - die Förderung des allgemeinen sozialen Wohnungsbaus wieder aufnehmen,
  - durch eine beschäftigungswirksame Wirtschafts- und Finanzpolitik neue Arbeitsplätze schaffen und die Massenarbeitslosigkeit überwinden, und
  - die Kosten der Integration von Aussiedlern tragen und darf sie nicht auf andere abwälzen, wie zum Beispiel die Kosten der Sprachförderung auf die Bundesanstalt für Arbeit.

(-/3.3.1989/vo-he/st)

DOKUMENTATION

Verbraucherpolitik und europäischer Binnenmarkt

Die Konferenz der Vorsitzenden der SPD-Fraktionen des Bundes, der Landtage und Bürgerschaften hat am 2./3. März in Brüssel eine Entschließung zur künftigen EG-Verbraucherpolitik verabschiedet. Wir dokumentieren die Entschließung im Wortlaut.

I.

Die wirtschaftlichen Vorteile des europäischen Binnenmarktes müssen vor allem auch den Verbrauchern zugute kommen, ein Höchstmaß an Verbraucherschutz muß gewährleistet werden. Voraussetzung ist eine europaweite Absicherung und Verbesserung von Verbraucherrechten. Die Verbraucherpolitik muß sich dabei in erster Linie an den Interessen der besonders schutzwürdigen Bevölkerungsgruppen orientieren, Verbrauchersicherheit und Verbraucherschutz sowie Verbraucherinformation und -beratung müssen im Vordergrund stehen. Andernfalls besteht die Gefahr, daß die Schaffung des Gemeinsamen Marktes mit umfangreicheren und komplexeren Konsumgütermärkten zu einem erheblichen Informationsdefizit auf Seiten der Konsumenten führen wird und daß es im Zuge der Harmonisierung zu einem Abbau bestehender verbraucherpolitischer Schutzvorschriften kommt.

Diese Aspekte haben in der bisherigen Diskussion des Binnenmarktes eine untergeordnete Rolle gespielt, sie müssen daher verstärkt und unverzüglich angegangen werden. Hierbei muß ein umfassender Begriff der Verbraucherpolitik Grundlage sein, der Auswirkungen anderer Politikbereiche auf den Verbraucherschutz einschließt.

II.

Die europäischen Bürgerinnen und Bürger in ihrer Rolle als Konsumenten sind vor allem besorgt um den Schutz ihrer Gesundheit. Eine Verzahnung der Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik mit den Politikbereichen Gesundheit und Umwelt ist daher dringend geboten.

III.

Die in den letzten Jahren verstärkten Bemühungen von Bund, Ländern und Kommunen, den Bürger aktiv handelnd in Maßnahmen des Umweltschutzes einzubeziehen, treffen auf eine zunehmende Bereitschaft zu umweltbewußtem Verhalten.

Der umweltbewußt handelnde Verbraucher kann direkt in mancherlei Weise seinen Beitrag zum Umweltschutz leisten. Er kann mithelfen, Wasser-, Luft- und Bodenbelastungen abzubauen durch einen verminderten Einsatz oder Verzicht auf Chemikalien in Haus und Garten. Er kann die Umwelt schonen durch Abfallvermeidung und Anwendung umweltverträglicher Entsorgungsmethoden. Er kann durch den sparsamen Umgang mit Wasser und Energie helfen, wertvolle Rohstoffe und Ressourcen zu sparen und Umweltbelastungen bei der Energieproduktion und Wasserreinigung zu mindern. Er kann durch den Verzicht auf den Kauf beziehungsweise die Nutzung umweltschädlicher Produkte und Dienstleistungen oder die bewußte Wahl umweltverträglicher Alternativen Marktsignale setzen, die Hersteller, Handel und Dienstleistungsanbieter zur stärkeren Berücksichtigung umweltpolitischer Aspekte zwingen.

Damit der Verbraucher seiner Verantwortung für den Umweltschutz gerecht werden kann, müssen ihm Informationen über die Möglichkeiten umweltgerechten Handelns zur Verfügung gestellt werden. Angesichts der Komplexität der Umweltproblematik sind viele Verbraucher jedoch ratlos, wenn sie ihre Bereitschaft in Handeln umsetzen wollen. Die Komplexität wird durch den EG-Binnenmarkt noch zunehmen.

Eine deutliche Verstärkung der Umweltberatung durch die Verbraucherverbände ist - auch angesichts drastischer Umweltprobleme - daher dringend erforderlich.

(-/6.3.1989/st/ks)

\* \* \*